



40 años

Spezialbericht

BERGBAU; SOZIALE KONFLIKTE UND VERLETZUNG DER MENSCHENRECHTE IN KOLUMBIEN

CINEP/ Programa por la Paz

Oktober 2012

BERGBAU; SOZIALE KONFLIKTE UND VERLETZUNG DER MENSCHENRECHTE IN KOLUMBIEN

Spezialbericht CINEP/ Programa por la Paz

GENERAL DIREKTOR
Dr. Luis Guillermo Guerrero Guevara

KOORDINATOR ALLGEMEINES INFORMATIONSSYSTEM
Alejandro Angulo Novoa, S.J.

PROJEKT ADVOCACY UND KOMMUNIKATION
Laura González Pérez

Erarbeitet haben diesen Spezialbericht
Luz Ángela Herrera Rivera
Martha Cecilia García Velandia
Sergio Andrés Coronado
Alejandro Cadena Benavides
Margareth A. Figueroa Garzón
Andrés Yepes

Centro de Investigación y Educación Popular / Programa por la Paz (CINEP/PPP)

Carrera 5 No. 33 B – 02
Telefon (57–1) 245 61 81
Fax (57–1) 287 90 89
Bogotá D.C. – Colombia
cinep@cinep.org.co
www.cinep.org.co

Oktober 2012

BERGBAU; SOZIALE KONFLIKTE UND VERLETZUNG DER MENSCHENRECHTE IN KOLUMBIEN

Zusammenfassung

Dieser Spezialbericht (Informe Especial) über den Bergbau spricht einige der gesellschaftlichen Konflikte an, die im Prozess der Umwandlung Kolumbiens in einen „Bergbaustaat“ aufgetaucht sind, eine Situation, in der sich auch andere Staaten Lateinamerikas und der Karibik befinden. Der Konflikt erfordert, dass wir die Reichweite des gesellschaftlichen Widerstands anhand der sozialen Bewegungen gegen den Bergbau deutlich machen, sowie auf die Verletzungen der Menschenrechte hinweisen, die in den Bergbaugebieten stattfinden, die Dynamik territorialer Neuordnung, sowie letztlich die Veränderungen in der Politik und der Rolle des Staates bei der Institutionalisierung des Bergbaus aufzeigen.

Dieses Dokument behandelt einige Konflikte des Bergbau- und Energiesektors –Erdöl-, Gold- und Kohle- hervorgerufen durch die Umwelt- und gesellschaftlichen Risiken, sowie die Verschärfung der Gewaltsituation in Bezug auf die Kontrolle über diese Ressourcen. Der Staat ist dazu aufgerufen in Bezug auf die grossen Probleme, die der Bergbau- und Energiesektor als Lokomotive des Wirtschaftswachstums aufwirft, zu handeln, denn es entstehen einige Konflikte grösseren Ausmasses im Kampf um die Kontrolle des Bergbaugeschäfts. Es reicht nicht aus, einige Gebiete des Landes vom Bergbau auszuschliessen, oder den informellen Bergbau zu legalisieren, noch ist es genug, dem Bergbau ein kategorisches „Nein“ entgegenzusetzen, wenn, das ist klar, er ohne Kontrolle und angemessene staatliche Beteiligung weiter betrieben wird.

Der Staat ist dazu aufgerufen, die Bergbau- und Energiepolitik mit einer Territorialplanung neuzuformulieren, die Folgendes beinhaltet: 1) eine Umweltplanung, die die Erhaltung der Umwelt garantiert, 2) eine ländliche Entwicklungspolitik zur Sicherung der Lebensfähigkeit der (klein)bäuerlichen Landwirtschaft, die eine angemessene Nutzung des Bodens vorsieht, den organisierten Umgang mit der Landwirtschaftsgrenze, sowie die Institutionalisierung des Eigentums. Die Politik muss die Rechte der Bürger in den von den Auswirkungen der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen betroffenen Gebieten im Rahmen einer Ländlichen Entwicklungspolitik und der Durchsetzung des Gesetzes 1448 zur Wiedergutmachung und Landrückgabe anerkennen, was einen der Punkte der Friedensverhandlungen der Regierung mit den FARC bildet.

Der Bergbau-Boom in Kolumbien wurde mit der Ankündigung durch Präsident Juan Manuel Santos, den Bergbausektor zu einer der Lokomotiven der Entwicklung zu machen, die „Wohlstand für alle, mehr Beschäftigung, weniger Armut und mehr Sicherheit“ bringt öffentlich (Plan Nacional de Desarrollo, 2011-2014). Für die Entwicklung des Landes sieht die Regierung die Notwendigkeit, den gross-flächigen Tagebau zu stärken, so wie schon im „Plan Nacional de Desarrollo Minero y Política ambiental Visión Colombia 2019“ der Regierung von Präsident Uribe vorgesehen. Das Wachstum des grossflächigen Bergbau(sektors) in Kolumbien ist Teil einer transnationalen Strategie, die versucht sich die hohe internationale Nachfrage nach Mineralien zu Nutze zu machen, die in den Ländern der sog. dritten Welt abgebaut werden, um die Industrieländer und die aufstrebenden Schwellenländer bei der Herstellung hochwertiger Güter zu unterstützen, wodurch die rohstoffexportierenden Länder weiter von einer möglichen Industrialisierung¹ abgehalten werden. Kolumbien fügt sich in diese neueren kapitalistischen Entwicklungen ein, wo die Entscheidungen im globalen internationalen Umfeld gefällt werden.

Diese Dynamik geht weit über die Produktionsstruktur hinaus, denn, so auf den Bergbau zu setzen, erfordert Veränderungen in der Rolle des Staates. In dieser Hinsicht wurde angefangen, die Bergbaupolitik und ihre Institutionen

¹ Guhl Nannetti, Ernesto. El trilema minero: la gran minería sostenible y socialmente responsable es una falacia (Das Trilema: nachhaltiger und sozialverantwortlicher „Gross“-Bergbau ist eine Täuschung). <http://www.razonpublica.com/index.php/econom-y-sociedad-temas-29/2349-el-trilema-minero-la-gran-mineria-sostenible-y-socialmente-responsable-es-una-falacia.html>, Download: 8. August 2012.

zu restrukturieren: zum einen greift der Staat nicht direkt in die Aktivitäten der Wirtschaft ein, zum anderen bleiben die Antworten auf die gesellschaftlichen Anliegen der Kleinbauern, Indigenen und Afrokolumbianer marginal bis inexistent. Die Präsenz des Staates drückt sich in den unterschiedlichen Gebieten unterschiedlich aus, abhängig von der Art des Abbaus, dem Druck multinationaler Konzerne, der Kontrolle, die die regionalen Eliten ausüben und den Anliegen verschiedener gesellschaftlicher Akteure. Diese Situation wird verkompliziert, durch die Anwesenheit machtvoller Gruppen mit grossem Einfluss in den Regionen, eine Fiskalpolitik, die den Bergbauunternehmen eine hohe Abgabefreiheit gewährt, eine geringe Teilhabe der vom Bergbau betroffenen Regionen an der wirtschaftlichen Entwicklung².

Es gibt Unvereinbarkeit und Unstimmigkeiten zwischen den nationalen Interessen und den Interessen auf regionaler sowie lokaler Ebene, die nicht die Institutionen haben, die in der Lage sind auf die territoriale Neuordnung zu reagieren, nicht nur in Bezug auf den Bergbau und die Umweltgesetzgebung, sondern auch auf andere Prozesse, wie die Politik zur ländlichen Entwicklung und die Anwendung des Opfer und Landrückgabegesetzes.

Die Entscheidungen, die über diese nationalen Grossprojekte gefällt werden, werden sehr oft weder mit den (lokalen)Regierungen und Kommunen verhandelt, auf deren Gebieten sie durchgeführt werden, noch werden die schädlichen Auswirkungen bedacht, die sie auf diese haben. Dabei sind die Prozesse der vorherigen Konsultationen (*consultas previas e informadas*) komplex und langsam. Nichtsdestotrotz kann man sie nicht unterlassen, denn, ausser dass es sich um zu beachtende verfassungsmässige Grundrechte handelt, bilden sie doch die einzige Möglichkeit, die Makroprojekte zu legitimieren und nachhaltig zu gestalten sowie zu erreichen, dass die regionalen und lokalen Interessen ins Spiel kommen und mit den grossen wirtschaftlichen Interessen und den Entwicklungszielen des Landes in Einklang gebracht werden können.

Verschiedene Studien belegen, dass die Überschüsse aus dem Bergbau und der Erdölförderung keine signifikanten Verbesserungen der Lebensverhältnisse der Bevölkerung bringen: das Handelsnetz ist schwach, die Binnenproduktion ist nicht ausreichend um die Gebiete, in denen der Abbau stattfindet zu versorgen, die Binnenwege sind unzureichend und die Hauptstrassen, die die Fördergebiete durchqueren, treiben die internen Entwicklungsprozesse nicht voran³.

Die hier aufgeführten sozialen Kämpfe lassen ihrerseits multiple Verflechtungen von Konflikten aufscheinen, in die die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen verstrickt sind, und deren Bearbeitung die Unterstützung der gesamten Gesellschaft erfordert. Von Januar 2001 bis Dezember 2011 wurden in der "CINEP/PPP-Datenbank zur Erfassung sozialer Bewegungen", 274 gemeinschaftliche gesellschaftliche Aktionen im Zusammenhang mit der Förderung von Öl, Kohle und Gold, auch wenn dies nur 3,7 % der gesamtgesellschaftlichen Aktionen in diesem Zeitraum sind, so zeigt sich doch über die Zeit eine Erhöhung seit 2005 mit einem signifikanten Anstieg seit 2008.

Das bedeutet:

- Der Wettbewerb um Investitionen im Bergbausektor findet auf globaler, nicht auf regionaler, Ebene statt, daher arbeitet die Regierung daran, direkte Investitionen aus dem Ausland zu erhalten. Man treibt in Kolumbien eine Bergbau- und Energiepolitik voran, um dieses Ziel zu erreichen, was auch den allgemeinen Zielen für Lateinamerika entspricht. Was im Bergbausektor passiert, ist Teil eines strukturellen Phänomens des Kapitalismus, das es erforderlich und lohnenswert erscheinen lässt, sich in diesem Aspekt politisch zu engagieren, sowie

² Siehe CORDAID Report: *Conflictividad en el sector minero energético (Konflikte im Bergbau- und Energiesektor)*, Bogotá, 2012.

³ González, Jorge Iván, Martha Cardozo et al., *Circuitos, centralidades y estándar de vida. Un Ensayo sobre geografía económica (Umkreise, zentrale Lage und Lebensstandard. Ein Essay über Wirtschaftsgeographie)*. Bogotá: ODECOFI/Colciencias/ Universidad Nacional de Colombia, December 2011

⁴ Kollektive gesellschaftliche Aktionen auf öffentlichen Plätzen, wie Demonstrationen, Arbeitsniederlegungen, Streiks, Sit-Ins, Strassenblockaden, Hungerstreiks, Akte Zivilen Widerstands, und Störungen.

Alternativen zu der Rolle zu empfehlen, die man diesen Ländern zuweist und dem, was diese internationale Wirtschaftsordnung für die Länder der ersten Welt bedeutet.

- Kohle und Gold sind aktuell die wichtigsten Bergbaugüter des Landes. Das Auftreten grosser Firmen und Projekte, die diese abbauen wollen, verändert die Struktur der Wirtschaft und die Rolle des Staates, verursacht grosse Umweltbelastungen und hat starke gesellschaftliche und politische Auswirkungen. Dies findet bei grossen institutionellen Schwächen des Staates und während eines seit ca. 50 Jahren andauernden bewaffneten Konfliktes statt. Zu einem bestehenden alten Konflikt kommen neue Konfliktherde hinzu. Die legale Ausweitung des grossindustriellen Bergbaus führt dazu, dass der traditionelle Bergbau – eine historische, kulturelle Praxis, die verschiedenen sozialen Gruppen den Lebensunterhalt sichert – sich für diejenigen, die ihn betreiben, immer weniger lohnt. Durch die aktuelle Bergbaupolitik besteht ausserdem das Risiko, dass er illegal wird. Dieser Umstand kommt zu der niedrigen Rentabilität und den Umweltbelastungen, die den traditionellen Bergbau immer ausgemacht haben hinzu. Zusätzlich zur Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage führt der grossindustrielle Bergbau dazu, dass sich in den traditionellen Gebieten auch das soziale und kulturelle Netz und die Lebensbedingungen verschlechtern.
- Die Entwicklung des Bergbaus beleuchtet aufs Neue die historischen Probleme der Landwirtschaft, Landverteilung und der ländlichen Entwicklung, die man bisher in diesem Land nicht gelöst hat. Kolumbien hat darunter gelitten und leidet weiterhin darunter, dass es in Laufe seiner Geschichte von drei „Tsunamis“ heimgesucht wurde: der Konzentration, dem Besitz und der Nutzung von Land; dem Anbau, der Produktion und dem Handel mit Kokain; und nun dem Bergbau. Diese drei „Tsunamis“ treffen das Land zur Zeit mit aller Wucht.
- Einen verantwortungsvollen Bergbausektor zu kreieren ist eine politische, ethische und technische Herausforderung per excellence. Es ist eine Herausforderung für alle Akteure, die verantwortlich für die den Bergbau betreffenden Entscheidungen sind. Es stellt sich die Frage, ob es einen verantwortungsvollen Bergbau geben kann, der es vermag, verheerende Effekte zu vermeiden.

Diese Elemente halten wir für wesentlich für eine öffentliche Kampagne über das Phänomen des Bergbau- und Energiesektors; gleichermassen sind sie grundlegend, um verschiedene öffentliche Akteure und die Zivilgesellschaft zu überzeugen, was es heisst die Entwicklung des Landes dem Primat der Wirtschaft zu überlassen, mit all den gesellschaftlichen, ökologischen und politischen Kosten, die dies für das Land bedeutet⁵.

⁵ Cordaid, S.73.

BERGBAU; SOZIALE KONFLIKTE UND VERLETZUNG DER MENSCHENRECHTE IN KOLUMBIEN

EMPFEHLUNGEN

An die kolumbianische Regierung:

- Neuformulierung der aktuellen Bergbaupolitik des Landes. Zur Entwicklung des Landes setzt man auf den Bergbau- und Energiesektor, diese Entscheidung gebietet in dieser Hinsicht eine öffentliche Debatte. Wir empfehlen, die Schaffung von Räumen zu unterstützen, um eine öffentliche Debatte zu fördern und nationalen politischen Einfluss zu schaffen. Es ist wichtig an verschiedenen Themen zu arbeiten, einschliesslich der gerechten Verteilung der Lizenzerlöse.
- Stärken und Fördern des Gebots der vorangehenden Konsultationen (*consultas previas e informadas*). Das Verfassungsgericht hat festgelegt, die vorangehenden Konsultationen (*consultas previas e informadas*) sind ein Grundrecht der ethnischen Gruppen des Landes: Indigene, Afrokolumbianer, Raizales, Palenqueras und Sinti und Roma. Es ist wichtig die vorherigen Konsultationen (*consultas previas e informadas*) zu respektieren, da sie ein grundlegender Mechanismus zur Anerkennung der Rechte vor allem der indigenen und afrokolumbianischen Bevölkerung sind.
- Die ländlichen Reservat Gebiete respektieren und gegenüber dem Bergbau schützen. Sie können als nützliche und machbare Optionen dienen, wenn die kleinbäuerliche Wirtschaft und Besiedlung sich konsolidiert haben: Landtitel werden formalisiert, die extensive Viehhaltung und die Zerstörung der Regenwälder gehen zurück, die Böden und das Wasser werden geschützt.
- Die sogenannte „Páramo-Linie“ festlegen, oder die geographische und topographische Abrenzung des Ökosystems. Das ist zwischen dem Umwelt- und dem Bergbauministerium schwebendes Verfahren in Bezug auf die Interrelation der Landnutzung (Abbau und Schutz der Umwelt und/oder Schutzzonen), mit dem Ziel der Vermeidung von Konflikten durch die Förderlizenzvergabe in Schutzgebieten und/oder Ausschlusszonen.

Die verfassungsmässigen Rechte der Gemeinschaften schützen, durch Festlegung der Landtitel in Gegenden, wo Lizenzen zum Abbau vergeben wurden, die aber von den Gemeinschaften schon mindestens ein Jahrhundert bewohnt werden, auch wenn sie bisher keine Landtitel besitzen.

An die internationale Gemeinschaft:

- Kritische und proaktive Begleitung der Bergbauagenda in Kolumbien wobei immer der Schutz des Lebens, der Natur und der Menschenrechte im Vordergrund stehen.
- Förderung von Studien, die Vor- und Nachteile sowie die Umweltschädigung durch Bergbau- und Ölförderungsaktivitäten in den von Kleinbauern, Indigenen und Afrokolumbianern besiedelten Gebieten abwägen, um sie in Empfehlungen/Vorschläge für die Politik umzuwandeln, die die Entwicklung fördern und ökologisch nachhaltig sind.
- Teilnahme an und Schaffung von Räumen zum Zusammentreffen mit Unternehmen, Regierungen und der Zivilgesellschaft zu Themen wie: Nutzung der natürlichen Ressourcen wie Böden, Wasser, Wälder; Analyse der auf Rohstoffabbau basierenden Entwicklungsmodelle; territoriale (Neu)ordnung; Landbesitz, Landtitel und Landnutzung von Gebieten der indigenen, afrokolumbianischen und Kleinbauer-Kommunen und dem Erwerb von Land durch ausländisches Kapital.

- Unterstützung strategischer Allianzen um die globalen Auswirkungen der neuen Tendenzen der Bergbau- und Ölförderindustrie und ihrer Beziehung zur Entwicklung zu verfolgen.

An die lokalen Regierungen:

- Die Prozesse territorialer Neuordnung im Blick, die sie in Bezug auf den Bergbau und Ölförderung vornehmen, stehen die regionalen und lokalen Regierungen vor der Herausforderung, solidere demokratische Institutionen mit stärkeren Fähigkeiten, politisch Einfluss zu nehmen, zu konstruieren, als Teil des Prozesses, die Gebiete und ihre Einwohner in die nationale Gemeinschaft zu integrieren
- Stärkere Führerschaft und Beteiligung an den Entscheidungen, die über ihre Interessen betreffende Themen getroffen werden und zwar mit erneuerten politischen Fähigkeiten und Mitteln, die die Korruption einschränken und die Demokratie stärken.
- Sich über aktuellen Entwicklungen der bergbau- und energiepolitischen Debatte auf dem Laufenden halten, damit ihre lokalen Aktionen mit nationalen Dynamiken zusammenpassen
- Fordern einer nationalen Anerkennung lokaler/regionaler Entwicklungspläne, in der Art und Weise, die die örtlichen Prioritäten und Bedürfnisse respektiert und als Auflagen in den Prozessen der Erkundung und des Abbaus beachtet.

An die Zivilgesellschaft:

- Schaffen von öffentlichen Räumen der Reflexion und Debatte, die ein weites und kritisches Verständnis der verschiedenen Aspekte der Entwicklungen im Bergbau- und Energiesektor und ihrem Bezug zu den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklungsproblemen des Landes fördern. Die Analysen sollten die Komplexität der Wirklichkeit widerspiegeln und helfen Vorschläge für machbare, realistische und umfassend Lösungen zu generieren.
- Erforschung und Analyse gesellschaftlicher Konflikte und der Verletzungen der Menschenrechte und des internationalen humanitären Völkerrechts in Bezug zu den Prozessen des Bergbau- und der Energiesektors sowie der Potentiale, die die Gemeinschaften besitzen für eine ganzheitliche Lebensplanung zu kämpfen.
- Unterstützen von Prozessen der Begleitung, Ausbildung und Qualifizierung, die die Kapazitäten der Organisationen und Prozesse stärken, die einen ganzheitlichen Blick auf das Territorium in sich bergen. Beachtung der verschiedenen Fragen, die sich aus rechtlichen, wirtschaftlichen, ökologischen, gesellschaftlichen, kulturellen Aspekten sowie den vorherigen Konsultationen (*consultas previas e informadas*) mit indigenen, afrokolumbianischen und ländlichen Gemeinden ergeben.
- Begleitung der vom Bergbau betroffenen Gemeinschaften bei technisch-wissenschaftlichen Fragen, bei machbaren wirtschaftlichen Alternativen, bei kulturellen und ökologischen Aspekten, bei der Konstruktion und dem Beitrag zur öffentlichen Politik, bei juristischen Themen, sowie bei der Anwendung von Werkzeugen wie Sozialkartographie in Bezug auf die Bergbauprozesse.
- Unterstützung von Plattformen und Netzwerken zur Positionierung öffentlicher Vorschläge aus der Agenda von nationalen, regionalen, Umwelt-, Kleinbauern-, Indigen-, afrokolumbianischen, Frauen- und (Klein-) Bergarbeiterorganisationen.

www.cinep.org.co